Deutscher Bundestag **Drucksache 19/847**

19. Wahlperiode 21.02.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten
– Drucksache 18/10900 –

Jahresbericht 2016 (58. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Wehrbeauftragte dem Deutschen Bundestag seinen Jahresbericht für das Jahr 2016 am 24. Januar 2017 vorgelegt.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts und

Annahme einer Entschließung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf Drucksache 18/10900 folgende Entschließung anzunehmen:

„1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebe-ten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bun-desministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.

2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.

3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 21. Juni 2018 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 21. Februar 2018

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Siemtje Möller
Berichterstatterin

Rüdiger Lucassen
Berichterstatter

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Berichterstatterin

Christine Buchholz
Berichterstatterin

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Siemtje Möller, Rüdiger Lucassen, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Christine Buchholz und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der 18. Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf **Drucksache 18/10900** in seiner 237. Sitzung am 1. Juni 2017 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT) dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen. Der Verteidigungsausschuss konnte die Vorlage in der 18. Wahlperiode nicht abschließend beraten. Zu Beginn der 19. Wahlperiode wurde die Unterrichtung daher gemäß § 80 Absatz 3 GO-BT den vorgenannten Ausschüssen erneut zur Beratung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in der 18. Wahlperiode in seiner 86. Sitzung am 28. Juni 2017 beraten und nimmt Bezug auf diese Kenntnisnahme.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 7. Juni 2017 in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 beraten.

Im Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE., in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** dankte dem Wehrbeauftragten Dr. Hans-Peter Bartels sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit. Zu begrüßen seien die durch die Ministerin der Verteidigung eingeleiteten Trendwenden, die die richtigen Schritte darstellten. Diese Trendwenden müssten konsequent umgesetzt werden, wobei hinsichtlich Ausrüstung und Material noch ein langer Weg zu beschreiten sei. Besonderes Augenmerk müsse unter anderem auf die Problematik der Fremdenfeindlichkeit, rechtsextremer Vorfälle sowie der sexuellen Belästigung und Mobbing gelegt werden. Es bedürfe hier eines offeneren Umgangs mit Fehlerkultur auf allen Ebenen.

Die **SPD-Fraktion** äußerte ebenfalls ihren Dank an den Wehrbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Vordergrund stehe die Frage, wie die Arbeitgeberin Bundeswehr gestärkt und attraktiver gestaltet werden könne. Zu begrüßen sei die eingerichtete Ansprechstelle, wobei es einer noch stärkeren Ahndung von sexueller Belästigung und Mobbing bedürfe. Insbesondere das Potential von Frauen, die bei der Bundeswehr insgesamt und vor allem in Führungspositionen unterrepräsentiert seien, müsse noch mehr ausgeschöpft werden. Bei den Trendwenden Personal und Material müssten weitere Schritte unternommen werden, auch bedürfe es der Beschleunigung der Beschaffungs- und Instandsetzungsprozesse.

Die **AfD-Fraktion** schloss sich dem Dank an, kritisierte zugleich aber, dass vor allem hinsichtlich der Trendwende Personal keine Erfolge sichtbar seien. Hier würden erhebliche Defizite sichtbar und es gebe allein in einer

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Schlüsselstelle für das Beschaffungswesen wie dem BAAINBw ein Fehl an Sollstellen von 20 Prozent. Hier müsse zukünftig eindeutig umgesteuert werden.

Die **FDP-Fraktion** bedankte sich ebenfalls und betonte, dass bei einem Vergleich des Jahresberichtes 2016 und des aktuell am 20. Februar 2018 übergebenen Jahresberichtes des Wehrbeauftragten von 2017 bedauerlicherweise insbesondere hinsichtlich Material und Ausrüstung keine positiven Veränderungen zu verzeichnen seien. Auch müsse ein konsequenter Bürokratieabbau angegangen werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an, begründete aber ihre Enthaltung zur Entschließung mit der Parteinahme des Wehrbeauftragten für die neue Rüstungsagenda der Bundesregierung. Sie führte aus, dass sie die allgemeine Kritik am „Kaputtsparen“ der Bundeswehr nicht teile. Vielmehr sehe sie die Bereitschaft zu mehr Aufrüstung kritisch. Die Schwerpunktsetzung des Jahresberichtes berücksichtige nicht ausreichend die aus ihrer Sicht wichtigen Themen wie sexuelle Belästigung, Mobbing und psychische Belastungsstörungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach auch ihren Dank aus und hob die gute Lesbarkeit des Jahresberichtes hervor. Sie stellte zusätzlich dar, dass die vorgelegte Geschwindigkeit der Trendwenden hinterfragt werden müsse. Interessant sei der Bericht im Hinblick auf Dienstvergehen und der Frage, wie mit Fehlern umgegangen werde.

Berlin, den 21. Februar 2018

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Siemtje Möller
Berichterstatterin

Rüdiger Lucassen
Berichterstatter

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Berichterstatterin

Christine Buchholz
Berichterstatterin

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.